

den Beobachterstatus.

Das Gesetz gegen Geldwäsche ermöglicht der Zentralbank die Umsetzung der Anti-Money Laundering-(AML-)Programme. Das Gesetz verpflichtet, die Finanzinstitute umfassende AML-Programme zu entwickeln, in denen klare Richtlinien zur Identifikation der Kunden, Regeln über die Berichterstattung sowie über verdächtige Finanztransaktionen (die eine Summe von 200.000 CNY übersteigen) vorgelegt werden müssen. Insgesamt besteht das Regelwerk der FATF aus 40 Maßnahmen gegen Geldwäsche, die internationalen Standards entsprechen.

Die Zentralbank kann Finanzinstitute, die gegen die AML-Richtlinien verstoßen, mit Sanktionen in Höhe von bis zu 5 Mio. CNY belegen. In Vorbereitung auf die Aufnahme in die FATF besuchte eine Abteilung des FATF und der Eurasian Group on Combating Money Laundering and Financing Terrorism (EAG) China im November 2006. (XNA, 19.12., 25.12.06; ST, 20.12.06; "New AML legislation puts China on par with international standards", www.moneylaundering.com, 9.2.07)

Binnenwirtschaft

Margot Schüller

Arbeitskonferenz zum Finanzsektor: Neue Weichenstellungen

Im Januar 2007 fand die dritte Nationale Arbeitskonferenz zum Finanzsektor statt, auf der die bisherigen Reformfolge, Probleme und notwendigen Politikmaßnahmen

vorgelegt wurden. Teilnehmer auf der Konferenz waren neben Vertretern der Zentralregierung die Bankvorstände der größten staatseigenen Banken. In seiner Abschlussrede fasste Ministerpräsident Wen Jiabao die wichtigsten Probleme und Herausforderungen zusammen. Hierzu zählen:

- Fortsetzung der Reform der staatseigenen Geschäftsbanken,
- Beschleunigung der Reform der ländlichen Finanzinstitutionen,
- Ausweitung der Rolle der Kapital- und Versicherungsmärkte,
- Verbesserung der (monetären) Regulierung und Kontrolle,
- Öffnung des Finanzsektors nach außen,
- Verbesserung der Finanzaufsicht.

Obwohl bei der Umwandlung der staatseigenen Geschäftsbanken in Aktiengesellschaften Fortschritte erzielt wurden, existieren noch verschiedene Probleme. Dazu gehören Mängel im Unternehmensmanagement und bei den internen Kontrollmechanismen, und der Abstand zu einem modernen Bankensystem und internationalen Standards ist noch sehr groß. Ziel der ‚Vertiefung der Reform‘ ist die Umwandlung der staatseigenen Geschäftsbanken in moderne Banken mit ausreichender Eigenkapitalbasis, strenger interner Kontrolle, sicheren Abläufen, gutem Service, befriedigender Gewinnsituation und hoher Wettbewerbsfähigkeit.

In seiner Rede auf der Konferenz nannte Wen Jiabao die folgenden Politikmaßnahmen, um die o.g. Ziele zur Fortsetzung der Reformen in den staatseigenen Banken zu erreichen:

- Die börsennotierten Geschäftsbanken Industrial and Commercial Bank of Chi-

na (ICBC), die Bank of China (BOC), die China Construction Bank (CCB) und die Bank of Communications (BOCOM) sollen ihre Unternehmensführung verbessern und die Reformen in ihren Niederlassungen umsetzen.

- Die Umwandlung der Agricultural Bank of China (ABC) in eine Aktiengbank soll fortgesetzt und dabei die finanziellen Bedürfnisse der ländlichen Wirtschaft berücksichtigt werden.
- Die China Development Bank, eine der drei politikorientierten Staatsbanken, soll als erste mit kommerziellen Operationen für mittel- und langfristige Geschäfte beginnen.
- Öffentliche Ausschreibungen sollen für Finanzgeschäfte der politikorientierten Banken eingeführt werden, die zuvor von der Regierung vergeben wurden.

Die Reform des ländlichen Finanzsystems soll ein weiterer Fokus der Politik werden. Das ländliche Finanzsystem wird als das schwächste Bindeglied im gesamten Finanzsektor angesehen. Defizite beziehen sich auf die Operationsmechanismen, die institutionellen Netzwerke, auf Finanzprodukte und -dienstleistungen, die Fähigkeit, die Entwicklung der Agrarwirtschaft ausreichend zu unterstützen, auf die Verhinderung des Kapitalflusses und auf Probleme bei der Kreditvergabe für die Landwirtschaft und an die Bauern.

Wen Jiabao wies in seiner Rede auf eine Reihe von Politikmaßnahmen zur Erleichterung der Reform des Finanzsektors in den ländlichen Gebieten hin. Hierzu gehören die Reduzierung der Marktzutrittsbedingungen für Finanzinstitute in den ländlichen Regionen, Anreize für die Entwick-

lung von diversifizierten ländlichen Kreditorganisationen einschließlich solcher Organisationen, die Kleinkredite vergeben und im ländlichen Versicherungswesen engagiert sind.

Auf der Konferenz wurde ebenfalls hervorgehoben, dass die Reform der Wertpapierbörsen seit Anfang des letzten Jahres Fortschritte gemacht habe. Diese spiegelten sich in der Reform der Aktienanteilsrechte wider. Problematisch sei jedoch, dass die Wertpapier- und Versicherungsmärkte noch relativ unterentwickelt seien und der Anteil der direkten Finanzierung durch Wertpapierbörsen und Versicherungsmärkte weiterhin sehr niedrig sei. Nach einem Bericht der *South China Morning Post* vom 22.1.07 soll außerdem entschieden worden sein, die Kontrolle über den Markt für Unternehmensanleihen von der eher konservativen National Development and Reform Commission (NDRC) auf die stärker marktorientierte Wertpapieraufsichtsbehörde (CSRC) zu übertragen. Als Folge davon kann erwartet werden, dass das Volumen der Unternehmensanleihen und der Handel schnell an Umfang zunehmen werden. Bisher setzt die NDRC jährliche Quoten für die Entwicklung des Gesamtmarktes und genehmigt die Ausgabe von Anleihen auf einer Fall-Basis in einem wenig transparenten Prozess.

Neue Politikmaßnahmen umfassen weiterhin die Erleichterung von Reformen im Versicherungssektor, Verbesserung der Qualität der börsennotierten Unternehmen und Beschleunigung der Reform des Anleihemarktes durch Ausweitung des Volumens der Unternehmensanleihen. Darüber hinaus sollen die kleinen und mittel-

großen sowie die innovativen Unternehmen und die weniger gut entwickelten Regionen besseren Zugang zu Krediten erhalten.

Auf der Konferenz wurde weiterhin die Verbesserung der Prognosefähigkeit, der wissenschaftlichen Fundierung und der Wirksamkeit der Finanzregulierung und -kontrolle gefordert. Im Mittelpunkt der Politik soll die rationale Regulierung und Kontrolle der Geldmenge und der Kreditstruktur stehen.

Die weitere außenwirtschaftliche Öffnung des Finanzsektors zählte ebenfalls zu den Konferenzthemen. Politikziel ist, einen fairen Wettbewerb zwischen den in- und ausländischen Unternehmen zu garantieren und die Zusammenarbeit im Finanzsektor zwischen dem Festland, Hongkong und Macao voranzubringen.

Für die Verbesserung der Aufsicht über die Finanzinstitute wurde auf der Konferenz der Aufbau eines neuen Koordinationsmechanismus vorgeschlagen. Ziel ist die nachhaltige und gesunde und sichere Entwicklung der Finanzoperationen. Darüber hinaus soll die Kontrolle von grenzüberschreitenden kurzfristigen Kapitalströmen verbessert werden, insbesondere in Bezug auf spekulative Kapitalströme.

Die Abstimmung der Regulierung im Finanzsektor ist von besonderer Bedeutung, da die verschiedenen Bereiche wie Banken, Wertpapierbörsen und Versicherungsmärkte derzeit durch jeweils getrennte Behörden beaufsichtigt werden, die ihre eigenen Entscheidungsbereiche protektionistisch abgrenzen. Dagegen nehmen die Bereichsgrenzen überschreitenden Aktivitäten immer mehr zu. So gründen Banken

auch Fondsmanagementunternehmen und Versicherungen erwerben Anteile an Banken. In diesem Zusammenhang soll das Finanzministerium die Gründung einer obersten Regulierungsbehörde vorgeschlagen haben.

Die erste Nationale Konferenz zum Finanzsektor wurde im November 1997 zum Zeitpunkt der Asien-Krise durchgeführt. Wichtige Entscheidungen auf dieser Konferenz waren die Reform der Regulierung mit dem Aufbau der Aufsichtsbehörden für den Wertpapier- und Versicherungsmarkt sowie die Restrukturierung der Zentralbank. Auf der zweiten Konferenz im Februar 2002 erfolgte die Entscheidung über den Aufbau der Bankenaufsichtsbehörde und die Rekapitalisierung der staats-eigenen Geschäftsbanken. (BBC PF, 19.1.; 20.1.; 21.1., 24.1.07; XNA, 20.1.07; ST, 18.1.07; SCMP, 22.1.07)

Hohes Wirtschaftswachstum im Jahre 2006

Chinas Wirtschaft hat trotz verschiedener Maßnahmen zur Dämpfung des rasanten Entwicklungstempos im Jahre 2006 erneut mit 10,7% eine sehr hohe Wachstumsrate erreicht (2005: 9,9%). Getragen wurde das Wachstum erneut von der starken Außenhandelsdynamik (Außenhandelswachstums +24%) und hohen Anlageinvestitionen (+24%). Diese flossen überwiegend in die verarbeitende Industrie und trugen zum Anstieg der industriellen Wertschöpfung um 16,6% bei.

Der Ausbau der Produktionskapazitäten wurde größtenteils durch Bankdarlehen finanziert. Das Geldmengenwachstum konnte zwar etwas gebremst werden, doch

stieg die Geldmenge M2 im Jahr 2006 erneut mit 16% noch relativ schnell an (siehe Tabelle 1). Der hohe Zufluss von ausländischen Direktinvestitionen sowie die Gewinne aus dem Außenhandel ließen die Devisenreserven um fast 250 Mrd. USD auf 1.066 Mrd. USD ansteigen. Mit dem hohen Wirtschaftswachstum war gleichzeitig eine Verbesserung der Einkommen der städtischen und ländlichen Haushalte verbunden, die um real 10,4% und 7,4% zunahm.

In bestimmten Industriebranchen und im Immobiliensektor traten Überhitzungserscheinungen auf, trotzdem blieb die Inflationsentwicklung mit einer Zunahme der Verbraucherpreise um 1,5% sehr niedrig. Die extrem hohe Wettbewerbsintensität in allen Konsumgüter- und den meisten Investitionsgütermärkten ist hierfür eine wichtige Erklärung. Der Wettbewerbsdruck hat sich durch die Ausweitung der Produktionskapazitäten und die außenwirtschaftliche Liberalisierungspolitik weiter erhöht. Dies beschneidet die Gewinnmöglichkeiten in vielen Industriezweigen, obwohl im statistischen Durchschnitt die Gewinne der Unternehmen im Industriesektor um 31% im Jahr 2006 gestiegen sind.

Die Gewinnentwicklung der Industriebetriebe in einzelnen Branchen im Zeitraum Januar bis November 2006 macht deutlich, dass die Gewinnzuwächse der Privatunternehmen und der Unternehmen mit Auslandskapital am höchsten (47% bzw. 28%) ausfielen, während die staatseigenen bzw. staatlich kontrollierten Unternehmen ihre Gewinne um 24% ausweiten konnten. Branchenbezogen konnten die Unternehmen der Schwerindustrie ihre Gewinnzu-

wächse am stärksten erhöhen, insbesondere der Spezialmaschinen- und Transportausrüstungsbau (50% bzw. 45%) sowie die staatlichen Rohstoff- und Versorgungsunternehmen.

Tab.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung Chinas 2005 und 2006

	2005	2006
Wirtschaftswachstum real in %	9,9	10,7
Inflation (Verbraucherpreise), 12 Monate, in %, (Jahresdurchschnitt)	1,8	1,5
M2, Veränderung zum Vorjahr in %, (Jahresende)	17,6	16,0
Durchschnittliches städtisches Monatseinkommen (CNY)	874	980
Durchschnittliches ländliches Monatseinkommen (CNY)	326	299
Devisenreserven Mrd. USD (Jahresende)	818,9	1.066
Wechselkurs CNY/EURO (Jahresende)	9,58	10,05

Quelle: People's Bank of China, China National Bureau of Statistics; Bank of Finland, BOFIT China Review 4/2006.

Auch die ausländischen Unternehmen spüren den zunehmenden Wettbewerb in China, konnten aber weitgehend Gewinne erzielen. Einer im Jahre 2006 durchgeführten Umfrage der US-Handelskammer in

China zufolge berichteten 70% der befragten Unternehmen, dass sich der Konkurrenzdruck durch in- und ausländische Unternehmen verstärkt habe. Trotzdem verzeichneten zwei Drittel der befragten Unternehmen einen Gewinnzuwachs in den letzten drei Jahren.

Für deutsche Unternehmen werden die Chancen und Gewinnaussichten auf dem chinesischen Markt vor dem Hintergrund der angekündigten Reorientierung der Wirtschaftspolitik als weiterhin positiv beurteilt. So will die chinesische Regierung im Rahmen des 11. Fünfjahrprogramms (2006-2010) ein stärker qualitatives, ressourcenschonendes Wachstum verfolgen. Erwartet wird, dass zur Verbesserung der Umwelt ressourcen- und umweltschonende Produktionstechnologien benötigt werden.

Für die Jahre 2007 und 2008 rechnet die Weltbank mit einem leichten Rückgang des Wirtschaftswachstums auf 9,6% und 8,7%. Hintergrund für diese Prognose gelten die angekündigte Trendwende in der Wirtschaftspolitik, die mehr Gewicht auf ein qualitatives Wachstum und den Aufbau eines sozialen Sicherungssystems legen will. Trotz dieser leichten Abschwächung wird China nach Einschätzung der Weltbank auch weiterhin der Motor des Wachstums in Asien bleiben. (American Chamber of Commerce, Webseite, 2006; National Bureau of Statistics of China, 26.12.06 National Bureau of Statistics of China, "The National Economy Maintained a Steady and Fast Growth in 2006", 25.1.2007, www.stats.gov.cn; WSJ, 13.12.06; NfA, 23.1.07)

Schonfrist für Banken abgelaufen

Die im WTO-Beitrittsprotokoll Ende 2001 ausgehandelte fünfjährige Übergangsfrist für die Öffnung des Banksektors lief am 11.12.2006 aus. Zu diesem Zeitpunkt sollten ausländische Finanzinstitute grundsätzlich inländischen gleichgestellt sein.

Bis Mitte Dezember war bereits der Banksektor für ausländische Konkurrenten schrittweise zugänglich gemacht worden. So war die Zahl der zugelassenen Finanzinstitute erhöht und die geografische Beschränkung auf ausgewählte Städte an der Ostküste und im Inland ausgeweitet worden. Weiterhin konnten ausländische Finanzinstitute in der Sonderzone Pudong/Shanghai CNY-Geschäfte mit Unternehmen durchführen. Darüber hinaus war es ausländischen Banken erlaubt worden, als strategische Investoren Anteile am Kapital von chinesischen Banken zu erwerben.

Mit der Übernahme der Guangdong Development Bank durch ein von der Citigroup geleitetes Konsortium genehmigte die chinesische Bankenaufsicht Ende 2006 erstmals die Mehrheitsbeteiligung eines ausländischen Finanzinstituts an einer chinesischen Bank. Die Guangdong Development Bank wird zu 86% in privatem Eigentum sein, die Citigroup erwirbt einen Anteil von 20% und übernimmt die Leitung der Bank. Präsident der Bank wird der Leiter des Corporate and Investment Banking bei der Citibank in Südkorea, Michael Zink, werden. Zum Konsortium zählt die China Life Insurance und China State Grid, die jeweils ebenfalls mit 20% an der Bank beteiligt sind. Weitere Beteiligungen halten die China Citic Trust & Investment und

die China Puhua Investment mit 12,8% und 8% sowie das US-Unternehmen IBM mit 4,7%.

Die Übernahme von 86% an der chinesischen Bank erfolgt zu einem Preis von 3,1 Mrd. USD. Allerdings werden noch weitere Kosten für die Investoren entstehen, da die Bank eine Quote von Not leidenden Krediten in Höhe von 21,9% und lediglich eine Eigenkapitalquote von 3,87% haben soll. Für die Auslandsinvestoren ist jedoch vor allem der Zugang zu einem Netz von rund 500 Geschäftsstellen attraktiv, die sich hauptsächlich in der Provinz Guangdong befinden.

Als Signal für die vollständige Öffnung des Banksektors trat am 11.12.2006 eine neue Bestimmung für Auslandsbanken in Kraft. Danach können diese Banken nunmehr auch CNY-Geschäfte mit chinesischen Privatkunden abwickeln. Dies ist Teil der im WTO-Beitrittsprotokoll gegebenen Zusage der chinesischen Seite.

Allerdings bezieht sich der Liberalisierungsschritt zunächst nur auf Großkunden. Nur chinesische Kunden, die – nach Genehmigung durch die Bankenaufsichtsbehörde – eine Einlage von mindestens rund 1 Mio. CNY (127.000 USD) machen, dürfen von den Auslandsbanken als Privatkunden bedient werden.

Die vollständige Öffnung des Banksektors sieht weiterhin vor, dass Auslandsbanken ebenfalls Versicherungsprodukte wie die der Inlandsbanken verkaufen dürfen. Außerdem sollen identische Standards bei der Bankenaufsicht für die ausländischen Banken gelten.

Die chinesische Regierung ermutigt ausländische Banken zu einer lokalen Grün-

dung in China und dem Aufbau von Niederlassungen. Ausländische Banken, die ihre chinesischen Niederlassungen als Zweigstellen betreiben, die vom Ausland aus gelenkt werden, sollen nicht dasselbe Spektrum an Dienstleistungen anbieten können. Diese Restriktion wird als konform mit den WTO-Bestimmungen bezeichnet, die Mitgliedsländern bei der Öffnung ihrer Finanzsektoren einen besonderen Schutz ihrer Banken erlauben. So könnten bei Liquiditätsproblemen die ausländischen Banken zuerst Mittel aus ihren Filialen im Ausland abziehen, sodass chinesische Bankkunden ein größeres Risiko hätten als bei chinesischen Banken.

Die ersten achten Banken stellten sofort einen Antrag auf lokale Gründung. Hierzu zählen die Citibank, die Bank of East Asia, die Hongkong and Shanghai Banking Corp., die Hang Seng Bank, die japanische Bank Mizuho Corp., die dänische Bank ABN Amro, die Standards Chartered Bank und die singapurische Bank DBS. Voraussetzungen für die Gründung sind eine Kapitaleinlage von rund 1 Mrd. CNY (197 Mio. USD) und die Existenz einer Filiale in China seit mindestens drei Jahren. Weiterhin müssen die Auslandsbanken mindestens zwei Jahre vor ihrer Gründung Gewinne in China gemacht haben. Zugelassen werden nur Auslandsbanken, die Ende 2005 ein Aktivvermögen von 10 Mrd. USD aufweisen.

Im September betrug das Kapital der Auslandsbanken in China 105,1 Mrd. USD, das waren 1,9% der gesamten Assets der Banken in China. Wie schnell Auslandsbanken ihre Aktivitäten in China ausweiten und Gewinne machen können, wird

durchaus unterschiedlich eingeschätzt. So warnt Qing Liao, Analyst von Standard & Poors, eine der großen Ratingagenturen, vor überzogenen Erwartungen. Die Liberalisierung mit völliger Gleichstellung von in- und ausländischen Banken wird seiner Einschätzung nach noch länger dauern und abhängig von möglichen negativen Auswirkungen der Reform sein. Langfristig jedoch werde Reformdruck die Entwicklung des gesamten Sektors positiv beeinflussen. (BBC PF, 12.12.06; XNA, 13.12., 16.12.06; ST, 12.12.06; FT Deutschland, 11.12.06; HB, 19.12.06; FAZ, 1.12.06)

Ausgewählte Staatsunternehmen sollen Global Player werden

Nach den Vorstellungen der State-owned Assets Supervision and Administration Commission (SASAC) sollen bis zum Jahr 2010 30-50 staatseigene Unternehmen international wettbewerbsfähig sein. Der SASAC-Leiter, Li Rongrong, betonte auf einer Pressekonferenz Ende Dezember 2006, dass sich der Wettbewerb zwischen Ländern in zunehmendem Maße in der Konkurrenz zwischen Unternehmen ausdrücken würde. Dementsprechend sei es sehr wichtig für China, die internationale Wettbewerbsfähigkeit ausgewählter Staatsunternehmen zu fördern.

Bisher sind lediglich 13 der 161 von SASAC kontrollierten Staatsunternehmen in der Liste der Fortune 500 zu finden. Diese Liste wird als einer der Maßstäbe für die internationale Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen genannt.

Um das Ziel der höheren internationalen Wettbewerbsfähigkeit chinesischer Staatsunternehmen zu erreichen, soll die

Regierung SASAC größere Kontrollmöglichkeiten über die führenden chinesischen Unternehmen sowie Einfluss auf die Industrien, die die nationale Sicherheit und Wirtschaftskraft des Landes beeinflussen, eingeräumt haben. Zu diesen Industrien zählen die Militärindustrie, die Produktion und Distribution von Elektrizität, die Erdöl- und petrochemische Industrie, die Telekommunikationsindustrie, die Kohleindustrie, die Luftfahrt und der Schiffsbau.

Nicht zuletzt aufgrund der Kontrolle dieser strategisch bedeutsamen Industrien durch SASAC haben ausländische Investoren trotz Chinas WTO-Mitgliedschaft keinen bzw. nur sehr beschränkten Zugang. Konkret bedeutet dies, dass Auslandsunternehmen entweder keine oder nur eine Minderheitsbeteiligung an Unternehmen in diesen Sektoren erwerben dürfen. Zu den sensitiven Sektoren, die staatlich relativ streng kontrolliert werden, gehören außerdem die Automobil- und Elektronikindustrie, der Bausektor, die Stahlindustrie, die Metall verarbeitende und die Chemieindustrie.

Die beschränkten Zugangsmöglichkeiten zu bestimmten Industrien spiegeln sich auch in der Diskussion um die Bedingungen für Unternehmensübernahmen (M&A) durch ausländische Unternehmen wider. Im September 2006 wurden Regeln für M&A veröffentlicht, durch die MOFCOM mehr Einfluss erhalten hat, Übernahmen lokaler Unternehmen zu blockieren. Umstritten war auch die Übernahme des chinesischen Unternehmens Xugong Group Construction Machinery durch das US-Unternehmen Carlyle Group. Zunächst hatte die Carlyle Group einen

Anteil von 85% an dem chinesischen Unternehmen erwerben wollen, war jedoch auf Hindernisse gestoßen. Das neue Angebot der US-Firma besteht jetzt aus einem Kauf von 50% des chinesischen Unternehmens und soll dementsprechend die Zustimmung durch SASAC erhalten haben, die des MOFCOM soll noch ausstehen.

Seit ihrer Gründung im Jahr 2003 hat die SASAC die Zahl der ihr unterstellten Staatsunternehmen von 196 auf 161 durch Restrukturierung und Verkauf reduziert. Ziel der Regierung ist, alle nicht profitablen Staatsunternehmen bis zum Jahr 2008 abgestoßen zu haben. Li Rongrong teilte auf der Pressekonferenz mit, dass SASAC bis zum Jahr 2010 die Zahl der jetzigen Staatsunternehmen halbiert haben, jedoch die größten und profitabelsten wie China Mobile, PetroChina und Air China behalten will.

Für die Restrukturierung der SASAC unterstellten Staatsunternehmen kündigte Li außerdem die Gründung einer Auffanggesellschaft (*asset management company*) an, die Anteile der Unternehmen kaufen und verkaufen soll.

Li Rongrong hat außerdem der Regierung vorgeschlagen, die Mitte der 1990er Jahre abgeschafften Dividendenzahlungen der Staatsunternehmen an den Staat wieder einzuführen. Über die genaue Verwendung der Mittel ist die Diskussion noch nicht abgeschlossen. So könnten diese dem staatlichen Gesundheitssystem und dem Bildungssystem zur Verfügung gestellt oder Anteile am National Social Security Fund erworben werden.

Für die Förderung der Auslandsexpansion chinesischer Staatsunternehmen sol-

len auch Kredite der China Development Bank (CDB) eingesetzt werden. Im Vordergrund der Kreditvergabe stehen allerdings vor allem Unternehmen in den Bereichen Energie und Bodenschätze. Die CDB hat bisher überwiegend inländische Projekte im Elektrizitäts- und Transportsektor gefördert. Insgesamt belief sich das Kreditvolumen der Bank auf 1.732 Mrd. CNY (166,24 Mrd. EUR), davon entfielen 64 Mrd. CNY auf Auslandsprojekte. Unternehmen, mit denen die Bank bisher zusammenarbeitete, waren China National Petroleum Cooperation, Sinopec und Minmetals im Energie- und Rohstoffsektor, die Technologieunternehmen Huawei und Lenovo sowie das Automobilunternehmen Chery.

Die CDB ist ihrer Bilanzsumme nach noch vor der Weltbank die größte Entwicklungsbank. Sie untersteht direkt dem Staatsrat – nicht dem Finanzministerium – und erhält Mittel durch die Ausgabe von Anleihen. Angeblich soll sie sonst keine staatlichen Zuschüsse erhalten. Neben geplanten Finanzierungen in Venezuela sollen auch die Aktivitäten auf Afrika ausgeweitet werden. Hier kommt die Bank mit den Finanzierungsaktivitäten anderer Länder in Konflikt. So soll der Chef der Europäischen Investitionsbank, Philippe Maystadt, Anfang Dezember 2006 geäußert haben, dass er erwartete, dass Projekte an die chinesische Bank gehen könnten, da Kredite ohne Auflagen an „good governance“ oder Menschenrechte an die Regierungen in Afrika vergeben würden. (ST Interactive, 20.12.06; SCMP, 19.12., 20.12.06; FT, 5.12.06; FT Deutschland 6.12.06)